

### 3. Übersicht

#### über Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages der Zehnten Wahlperiode

1. **Beschluß vom 18. 5. 1983 — Drs 10/1170 —  
Berufsgrundbildungsjahr**

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Berufsgrundbildungsjahr zum Schuljahresbeginn 1983/84 überall dort einzuführen, wo die räumlichen und schulorganisatorischen Voraussetzungen gegeben und die personellen Voraussetzungen gewährleistet sind.

Antwort der Landesregierung vom 13. 9. 1983

Zum Schuljahresbeginn 1983/84 wurde das Berufsgrundbildungsjahr im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung verbindlich eingeführt in der Stadt Emden sowie in den Landkreisen Aurich und Wittmund; es wird etwa von 1400 Schülern besucht werden. Der Landkreis Leer, der die räumlichen Voraussetzungen nicht mehr rechtzeitig zum Schuljahresbeginn erfüllen konnte, wird zum 1. August 1984 folgen.

Das Berufsgrundbildungsjahr — Metalltechnik — wurde zum 1. August 1983 im Landkreis Schaumburg verbindlich eingeführt; es wird von etwa 480 Schülern besucht werden.

Die Einführungen erfolgen aufgrund der Sechzehnten und der Siebzehnten Verordnung zur Einführung des Berufsgrundbildungsjahres in Niedersachsen vom 4. März 1983 (Nieders. GVBl. S. 65).

Die Einführung von Berufsgrundbildungsjahren an weiteren Standorten konnte nicht verwirklicht werden, weil die gesetzlichen Voraussetzungen noch nicht vorliegen.

2. **Beschluß vom 8. 6. 1983 — Drs 10/1276 —  
Fahrwasserhältnisse zwischen dem Festland und den Inseln Norderney und Borkum**

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend bei der Bundesregierung Maßnahmen zu erwirken, die das Fahrwasser zu den Inseln Norderney und Borkum verbessern und einen tideunabhängigen Schiffsverkehr weiterhin gewährleisten.

Antwort der Landesregierung vom 13. 9. 1983

Mehrere ausführliche Gespräche zwischen dem Bundesminister für Verkehr als zuständiger Fachverwaltung für die Bundeswasserstraßen und dem Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Ein Staatssekretärschreiben vom 29. März 1983 an den Staatssekretär des Bundesministers für Verkehr in dieser Angelegenheit ist noch nicht beantwortet worden. In Kürze wird ein weiteres Gespräch in dieser Angelegenheit auf Staatssekretärschreibenebene stattfinden.